

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 5/2011

**Solidarische
Pflegefinanzierung**

Seite 12

**Wertvolle
Interkultur**

Seite 18

www.gpa-djp.at



Österreich: ab Seite 4

Steuerparadies für die Reichen

Inhalt

Thema

- 04 Österreich: Steuerparadies für die Reichen
- 09 Interview mit Martin Schütz
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Solidarische Pflegefinanzierung
- 14 Entgleiste Arbeitszeiten
- 16 Lehrabschlussprüfung: Durcheinander
- 17 Mehr Geld für KassierInnen
- 18 Wertvolle Interkultur
- 20 Böher

Arbeitswelt

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Handel: Den Sonntag genießen
- 24 Diskonter mit Verantwortung

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Enquete zur Pflegefinanzierung

4



© Nurith Wagner-Strauss

Vermögenssteuern

12



© Alexander Rath, Fotolia.com

Pflegefinanzierung

17



© Nurith Wagner-Strauss

Mehr Geld für KassierInnen

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artidirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Nurith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.


 A portrait of Nürith Wagner-Strauss, a woman with short, curly, dark hair, wearing a light-colored top and small earrings. The background is a soft, out-of-focus outdoor setting.

 Nürith Wagner-Strauss

Steuergerechtigkeit

Österreich zählt zu den wenigen Ländern Europas, wo sich die Vermögenden ihres Reichtums erfreuen können, ohne ihren fairen Anteil am Gemeinwohl beitragen zu müssen. Wer hierzulande Vermögen hat, wird kaum belastet: Nur 1,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen kommen aus vermögensbezogenen Steuern. Das durchschnittliche europäische Niveau bei der Vermögensbesteuerung ist viermal so hoch.

ArbeitnehmerInnen, die mit täglich geleisteter Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, werden hingegen kräftig zur Kasse gebeten: Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern schlagen sich ordentlich aufs Börsel. Zugleich fehlt es an allen Ecken und Enden an den notwendigen Mitteln für den Sozialstaat. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Pflegefinanzierung. Hier greift Vater Staat jedoch bei Menschen, die Pflege benötigen, sehr wohl auf ihr Vermögen zu, um diese Pflegeleistungen zu finanzieren. So ist nur allzu oft das mühsam ersparte Eigenheim eines pflegebedürftigen Pensionisten schnell weg.

Die wirklich großen Vermögen bleiben jedoch unangetastet. Um klarzustellen, von welchen Summen wir hier reden: Das reichste Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung besitzt ein Vermögen

von durchschnittlich 5,4 Mio. Euro, die reichsten zwei bis zehn Prozent haben ein Durchschnittsvermögen von 612.000 Euro. Sie könnten eine zusätzliche Steuerlast leichter tragen als der Mittelstand.

Wir meinen daher, dass diese Gruppe ihren solidarischen Beitrag zum Erhalt der sozialen Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten soll. Mit einer Vermögensbesteuerung ließe sich unter anderem die dringend benötigte Pflegefinanzierung sicherstellen, die Gewerkschaften haben hier auch schon ein Modell vorgelegt. Es geht nicht darum, Autos oder Eigenheime der Mittelschicht zu besteuern. Sondern um jene großen privaten Vermögen, die bei wenigen Superreichen konzentriert sind. Wir wollen diese Reichen auch nicht schröpfen oder enteignen – aber wir fordern Steuergerechtigkeit.


 A handwritten signature in black ink that reads "Dwora Stein".

Dwora Stein
Chefredakteurin

Die Reichen feiern auf unsere Kosten





Die Zeit für eine Vermögenssteuer ist reif. So könnte die Abgabenbelastung auf die Einkommen aus Arbeit gesenkt und notwendige Leistungen wie die Pflege finanziert werden.

Von Andrea Rogy

Die Steuerlast in Österreich ist sehr ungleich verteilt. Wer mit Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreitet, wird kräftig zur Kasse gebeten. Den größten Beitrag zum Abgabenaufkommen leisten die ArbeitnehmerInnen in Form von Sozialversicherungsbeiträgen, Lohnsteuern und Verbrauchsteuern, hier vor allem der Umsatzsteuer.

Wer Vermögen hat, wird kaum belastet. Das Steueraufkommen aus vermögensbezogenen Steuern betrug 2008 gerade einmal 1,33 Mrd. Euro, was lediglich 0,5 Prozent

des BIP oder 1,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen entspricht. Damit erreicht die Vermögensbesteuerung nicht einmal ein Viertel des durchschnittlichen europäischen Niveaus.

„Die Abgabenstruktur in Österreich gehört dringend reformiert“, fordert GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. Mit einer Vermögenssteuer könnten sinnvolle Projekte, wie etwa eine langfristige Sicherung des Pflegesystems, finanziert werden. Darüber hinaus könnte die Steuerbelastung der ArbeitnehmerInnen deutlich reduziert und so ein höheres Maß an Abgabengerechtigkeit erreicht werden. „Ein leicht verkraftbarer Beitrag für die Vermögenden wäre ein wertvoller Beitrag zu Stabilität und sozialem Frieden in unserem Land“, findet Katzian. Der gesamte ÖGB-Bundesvorstand fordert daher eine Steuerreform, die in die derzeitige Struktur eingreift und die bei gleichbleibender Abgabenquote den Faktor Arbeit entlastet und Vermögende stärker in die Pflicht nimmt.

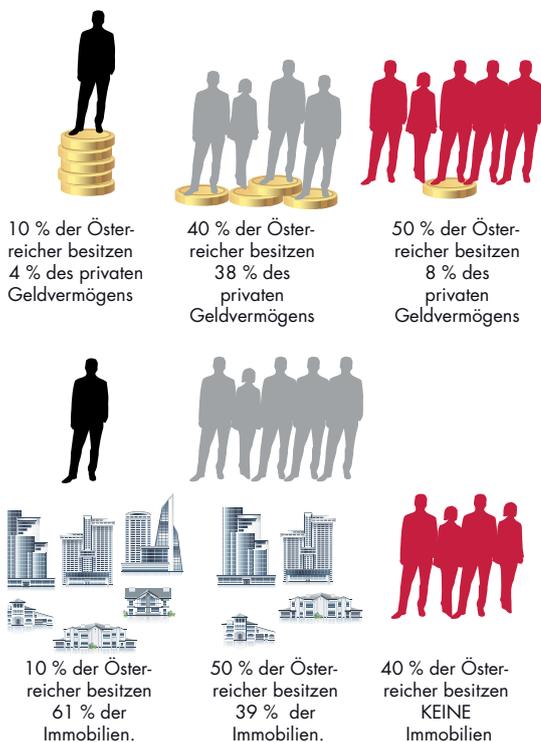
forstwirtschaftlichem Besitz werden auch Grundvermögen, Gebäude, Beteiligungen an Unternehmen, Wertpapiere, Derivate, Spareinlagen, Bargeld und Fahrzeuge erfasst. Allerdings werden alle Schulden bzw. Kredite von der Bemessungsgrundlage zur Steuerberechnung abgezogen.

Das verbleibende Vermögen wird in dem Modell ab einer Größenordnung von 700.000 Euro je Haushalt mit einem Steuersatz von 0,5 Prozent belegt. Vermögen zwischen zwei und drei Millionen Euro werden mit einem Prozent besteuert. Für Vermögensteile über drei Millionen Euro wird in dem Modell ein Steuersatz von 1,5 Prozent fällig. Das Steueraufkommen wird auf 2,5 bis 3 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Keine Steuer für den Häuslbauer

Die geforderte Vermögenssteuer würde auf die tatsächlich großen Vermögensmassen zugreifen, eben auf Haushaltsvermögen ab 700.000 Euro. Vermögen unter diesem Grenzwert ist von der Steuer ausgenommen, um die breite Mittelschicht nicht zusätzlich zu belasten.

Die „nicht vermögenden“ 90 Prozent der Gesellschaft wären also von der Steuer nicht betroffen. Selbst bei den oberen zehn Prozent ist das Vermögen so stark konzentriert, dass sich die Hauptlast der Steuer auf



Für mehr Gerechtigkeit

Das ÖGB-Modell sieht eine progressive – also ansteigende – Vermögensbesteuerung vor, die alle Arten von privatem Vermögen und Stiftungen erfasst und durch einen hohen Freibetrag sicherstellt, dass nicht die Mittelschicht zur Kasse gebeten wird. Neben land- und



© Nbrith Wagner-Strauss

Die obersten zehn Prozent in der Vermögenspyramide besitzen 54 Prozent des privaten Geldvermögens.

das oberste Prozent konzentrieren würde. Denn: Das reichste Prozent der Bevölkerung hat ein Vermögen von durchschnittlich 5,4 Mio. Euro. Die reichsten zwei bis zehn Prozent haben ein Durchschnittsvermögen von 612.000 Euro. Diese liegen daher meist unter dem Freibetrag.

„Die kleinen Häuslbauer brauchen keine weiteren Abgaben zu befürchten“, erklärt David Mum, Leiter der Grundlagenabteilung in der GPA-djp, das gewerkschaftliche Modell. Der/die durchschnittliche ImmobilienbesitzerIn in Österreich hat ein mittleres Immobilienvermögen von knapp über 200.000 Euro und ist daher nicht steuerpflichtig. „Die großzügige Freibetragsregelung stellt sicher, dass ein durchschnittlicher Haushalt mit Eigentumswohnung oder Haus, Auto und einem Notgroschen am Sparbuch nicht geschröpft wird. Haus-

rat, also Einrichtungs-, Verbrauchs- und Gebrauchsgegenstände eines Haushaltes, ist nicht betroffen. Die Abgabe soll nur für wirklich große Vermögenswerte bezahlt werden“, so Mum.

Die Vermögenssteuern entsprechen derzeit nur 1,4 Prozent der gesamten Steuereinnahmen.

Keine Schnüffelsteuer

„Die Vermögenssteuer ist nicht als ‚Schnüffelsteuer‘ angelegt“ räumt Mum mit Vorurteilen auf, die über die Abgabe gestreut wurden. Es wird nicht so sein, dass ein „Inspektor“ ins Haus kommt und Nachschau hält, ob und welche Vermögenswerte man/frau im Haus hat. „In der Praxis wird es eine jährliche Veranlagungspflicht beim Finanzamt geben, der jeder/jede Steuerpflichtige nachzukommen hat, des-

sen Vermögen den Freibetrag übersteigt“, erklärt Mum.

Auch Martin Bolkovac, Steuerpolitik-Experte in der GPA-djp, hält eine stärkere Besteuerung von Vermögen in Österreich für dringend erforderlich, damit die sich immer weiter vergrößernde Ungleichverteilung von Vermögen zumindest abgemildert wird. Die Zahlen sprechen für sich:

Die obersten zehn Prozent in der Vermögenspyramide besitzen 54 Prozent des privaten Geldvermögens, während die untere Hälfte nur acht Prozent besitzt. Das oberste halbe Prozent der Vermögenden besitzt sogar mehr als ein Drittel. Beim Immobilienbesitz vereinigen die oberen zehn Prozent gar 61 Prozent des Vermögens auf sich, während 40 Prozent der Bevölkerung überhaupt keine Immobilien besitzt.

Vermögen in Österreich – Verteilung und Besteuerung

Wie ist Vermögen in Österreich verteilt?

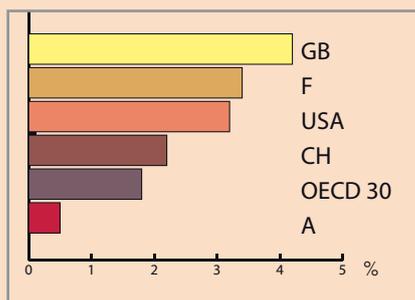
In Österreich gibt es ein extrem hohes Maß an Ungleichverteilung von Vermögen. So verfügt das oberste eine Prozent der Bevölkerung über 33,7 Prozent des Gesamtvermögens (Geldvermögen, Immobilien, Beteiligungen) und die obersten zwei bis zehn Prozent der Bevölkerung über 34,5 Prozent. Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen somit über mehr als zwei Drittel des gesellschaftlichen Reichtums.

Wie hoch sind die privaten Vermögen in Österreich?

Die privaten Vermögen betragen schätzungsweise etwa 1.000 Milliarden Euro, das ist das Vierfache des jährlichen BIP. Berücksichtigt sind Grundstücke, Betriebe und Geldanlagen – also gar nicht alle privaten Vermögensgegenstände wie Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Schmuck, Kunst- und Antiquitätensammlungen.

Wie hoch ist der Anteil des vermögensbezogenen Steueraufkommens am BIP?

2008 belief sich der BIP-Anteil des vermögensbezogenen Steueraufkommens in Österreich lediglich auf knapp 0,5 Prozent und lag damit um mehr als die Hälfte unter dem Wert von 1990 (1,1 Prozent des BIP). In den OECD 30 hingegen ist der durchschnittliche BIP-Anteil des vermögensbezogenen Steueraufkommens – ausgehend von einem höheren Niveau – dagegen in den letzten 20 Jahren vollkommen unverändert geblieben: Die 1,8 Prozent von 1990 gelten noch heute.



Vermögensbezogene Steuern als Anteil am BIP (2008)

Welche vermögensbezogenen Steuern gibt es in Österreich?

Die vermögensbezogene Besteuerung besteht derzeit nur aus den Grundsteuern sowie den Steuern auf Finanz- und Kapitaltransaktionen (Grunderwerbssteuer, Gesellschaftsteuer). Die vermögensbezogene Besteuerung wurde seit den 1990er-Jahren kontinuierlich ausgedünnt – nahezu alle aufkommensstarken vermögensbezogenen Steuern wurden abgeschafft. Zuletzt war es 2008 die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die aufkommensstarke Vermögensteuer wurde bereits 1994 abgeschafft.

Wie ist die Steuerlast in Österreich verteilt?

Lohn- und Umsatzsteuer zusammen machen rund 63 Prozent der gesamten Staatseinnahmen aus. Weil ärmere Haushalte prozentuell einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben als Besserverdienende, tragen sie anteilsmäßig mehr zum Aufkommen der Verbrauchssteuern, also der Steuern des täglichen Lebens wie zum Beispiel Tabaksteuer, Umsatzsteuer oder motorbezogene Versicherungssteuer, bei.

Internationaler Vergleich

Die Gegner einer Vermögenssteuer argumentieren sehr gerne damit, dass eine klassische Vermögenssteuer international fast nirgends mehr zu finden sei. Nur Norwegen, die Schweiz, Frankreich und die USA heben noch eine solche Steuer ein. „Das ist zwar prinzipiell richtig, verschweigt aber die Tatsache, dass im Grunde alle Industriestaaten insgesamt eine deutlich höhere Besteuerung von Vermögen aufweisen, und zwar durch Grund- und Immobiliensteuern, Erbschaftssteuern und Finanztransaktionssteuern“, erklärt Bolkovac.

Es scheint dem Fachmann daher ein höchst legitimes Ziel zu sein, in Österreich zumindest den OECD-Durchschnitt an vermögensbezogener Besteuerung anzustreben, denn: „Vermögen und Kapital wird bei uns im internationalen Vergleich nur sehr gering belastet. Da die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer alleine maximal 450 Mio. Euro jährlich bringen würde, müssen wir auch möglichst laut über andere vermögensbezogene Steuern diskutieren“.

Broschüre Steuerpolitik

Analysen und Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit finden Sie in der Broschüre „Steuerpolitik“ der GPA-djp, zu bestellen unter: service@gpa-djp.at



„Es wäre ein kleiner Beitrag, keine Enteignung“

Das Interview führte Andrea Rogy



KOMPETENZ: Soll Vermögen in Österreich besteuert werden?

Martin Schürz: Ja, alleine aus Leistungsgerechtigkeitsüberlegungen heraus. Leistung steckt in Arbeit, aber kaum in Vermögen. Einkommen aus Vermögen kommt besonders bei reichen Menschen aus Erbschaften, Schenkungen und spekulativen Aktienkursgewinnen.

KOMPETENZ: Wo sollten Vermögenssteuern ansetzen?

Martin Schürz: Vermögenssteuern sollten nicht dort ansetzen, wo Vermögen breit gestreut und relativ gleich verteilt ist. Sie sollten nicht auf Autos oder Eigenheime abstellen. So etwas haben sich viele Leute erspart und dies ist ihnen besonders wichtig. Bei den Vermögenden anzusetzen macht hingegen Sinn. Die Vermögenden besitzen von allem etwas, daher wäre eine allgemeine persönliche Vermögenssteuer richtig.

KOMPETENZ: Wie beurteilen Sie eine Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer?

Martin Schürz: Erbschaften steuerfrei zu stellen, heißt das Ziel der Chancengleichheit aufzugeben. Erbschaftssteuern können treffsicher

auf ein paar Tausend Reiche abzielen und trotzdem ein beträchtliches Aufkommen erzielen.

KOMPETENZ: Welche Auswirkungen hat die Verteilung von Vermögen auf die Finanzmarktstabilität?

Martin Schürz: Reiche Menschen veranlagen in riskanten Anlageformen. Dies erhöht die Gefahr von neuen Krisen. Die Reichen konsumieren ihre Vermögenszuwächse kaum, sondern veranlagen sie wieder. Dies lässt die Ungleichheit weiter wachsen.

KOMPETENZ: Welche Auswirkungen hat die ungleiche Verteilung von Vermögen nach der Krise?

Martin Schürz: Wegen der Krise stieg die öffentliche Schuldenquote stark an. Öffentlicher Armut steht privater Reichtum gegenüber. Denn die privaten Vermögen sind stark bei den reichsten Menschen konzentriert.

Nur Vermögende können sich einen armen Staat leisten. Für den Rest gilt: Der Staat sind wir alle, denn da geht es um Pflege, Kinderbetreuung und Schulen. Damit diese öffentlichen Leistungen weiter finanziert werden können, ist eine Vermögenssteuer unumgänglich.

Diese würde die Lasten der Krise jenen Menschen aufbürden, die sie leicht tragen können. Und für die Wirtschaft kommt es gerade jetzt auf eine starke Konsumnachfrage an. Arme und Mittelschicht dürfen daher nicht belastet werden.

KOMPETENZ: Sind die administrativen Kosten einer Vermögenssteuer nicht zu hoch?

Martin Schürz: Im Vergleich zum potenziellen Steueraufkommen sind die administrativen Kosten unerheblich.

KOMPETENZ: Aber sind die Reichen bei einer Vermögenssteuer nicht gleich weg?

Martin Schürz: Ein paar Reiche machen sich vielleicht wirklich auf den Weg nach Bratislava, aber eine drohende Massenflucht bei einer Vermögenssteuer ist eine lächerliche Vorstellung. Verkannt wird dabei: erstens, nicht von Enteignung ist die Rede, sondern von einem kleinen Steuerbeitrag; zweitens, die Attraktivität des Standortes Österreich ist hoch.

Der Ökonom und Politikwissenschaftler Martin Schürz ist Vermögensforscher in der Oesterreichischen Nationalbank und vertritt hier ausschließlich seine persönliche Meinung.

Kommentar



Ja zur Vermögenssteuer

Eine Besteuerung der großen Vermögen nach unserem Modell würde für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.

Von Wolfgang Katzian

Beinahe im Wochenabstand kommen aus dem Finanzministerium neue Ideen für höhere Steuereinnahmen. Das ist grundsätzlich nichts Schlechtes, denn höhere Steuereinnahmen bedeuten mehr Spielraum für wichtige soziale Maßnahmen, etwa die langfristige Absicherung der Pflege und Betreuung.

Nicht einverstanden bin ich allerdings damit, dass es bei all diesen Vorschlägen immer nur um die Steuern der ArbeitnehmerInnen geht. Sicher könnte man auch diese Steuern in sich noch gerechter gestalten – indem man etwa die Progression verstärkt.

Auch dazu haben wir in der GPA-djp ja konkrete Vorschläge. Der wirklich große Wurf, was mehr Steuergerechtigkeit betrifft, ist und bleibt aber die Vermögenssteuer. Das sieht im Übrigen auch die Mehrheit der ÖsterreicherInnen so – unabhängig von ihrer politischen Präferenz. Daher findet die Vermögenssteuer auch regelmäßig in allen Umfragen hohe Zustimmung.

Trotz aller Unkenrufe von der „Häuslbauersteuer“ oder „Schnüffelsteuer“ wissen die ÖsterreicherInnen, dass sie sich vor einer Ver-

mögenssteuer, wie wir sie fordern, nicht fürchten müssen. Denn aufgrund der äußerst ungleichen Vermögensverteilung in Österreich und der von uns geforderten großzügigen Freibeträge wäre nur eine kleine Gruppe von wirklich Wohlhabenden betroffen. Die wiederum könnten sich einen verhältnismäßig kleinen Beitrag zum Gemeinwohl sehr gut leisten. Auch das Argument, dass dann angeblich Finanzbeamte von Haushalt zu Haushalt marschieren und alles durchwüh-

Eine echte Vermögenssteuer trifft weder die Häuslbauer noch den Mittelstand.

len, glaubt hierzulande niemand mehr. Denn bei einer Vermögenssteuer, wie wir sie uns vorstellen, wäre Hausrat grundsätzlich ausgenommen. Wer kein Vermögen besitzt, müsste auch keine Steuererklärung abgeben. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass das ohne großen Verwaltungsaufwand machbar ist.

Warum wird die Vermögenssteuer dann trotz allem noch von manchen politischen EntscheidungsträgerInnen als Mittelstandssteuer verunglimpft? Ich denke, das liegt

nicht an der Vermögenssteuer selbst, sondern an der Definition des Begriffs „Mittelstand“. Geht man von unserer Mittelstands-Definition aus, die tatsächlich etwas mit dem eigentlichen Wort-sinn von „Mitte“ zu tun hat, dann kann der Mittelstand gar nicht betroffen sein. Denn ein mittlerer/durchschnittlicher Immobilienbesitzer in Österreich besitzt gerade einmal knapp über 200.000 Euro, liegt also mit seinem Vermögen weit unter der Freibetragsgrenze, egal ob man diese nun bei 500.000, 700.000 oder einer Million zieht. Und da ist die Mehrheit der ÖsterreicherInnen, die gar keine Immobilien besitzt, noch nicht einmal eingerechnet.

Auch wenn sich die Mateschitz', Wlascheks, Hortens und Swarovskis noch so gerne selbst zum Mittelstand rechnen möchten, sie gehören beim besten Willen nicht dazu. Genauso wenig wie die übrigen zehn reichsten Prozent der Bevölkerung. Sie dazuzurechnen ist nichts als ein schlechter Taschenspielertrick, um dem echten Mittelstand Angst vor einer gerechten Steuerstrukturreform zu machen. Wirklich Pech für die Trickser, dass die ÖsterreicherInnen ihnen das schon längst nicht mehr abkaufen! ■



© Marco Sciarelli, Fotolia.com

work@point-of-sale

Die neue GPA-djp-Interessengemeinschaft für Menschen in Verkauf und Beratung.

Sie arbeiten als VerkäuferIn, KundenberaterIn, ProduktberaterIn, BankkundenberaterIn oder in einem anderen Verkaufs- und Beratungsberuf? Professioneller Umgang mit KundInnen und ihren Wünschen ist ihr tägliches Brot?

Die neue Interessengemeinschaft work@point-of-sale will jene 150.000 Menschen, die österreichweit in Verkauf und Beratung tätig sind, unterstützen, besser vernetzen und ihre Interessen in den Betrieben und Branchen vertreten. Dafür bietet die work@point-of-sale sowohl persönliche Informa-

tions- und Serviceleistungen, als auch die Möglichkeit zur Mitwirkung an. Erfahrungsaustausch und Erarbeiten von gemeinsamen Zielen und Forderungen für die Berufsgruppe stehen ganz oben auf der Agenda. Die work@point-of-sale bietet natürlich auch Beratung zu Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Kollektivvertrag, Bezahlung etc. an.

Auch wenn Sie noch nicht Mitglied der GPA-djp sind, können Sie sich kostenlos in die work@point-of-sale eintragen und unseren Service besser kennenlernen: www.gpa-djp.at/sale

Die Einkommensberichte sind fertig!

Mit Ende Juli mussten Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten erstmals einen Einkommensbericht legen und dem Betriebsrat übermitteln. Wo es keinen Betriebsrat gibt, muss der Bericht den Beschäftigten selbst zugänglich gemacht werden.

Ziel der Einkommensberichte ist, dass sich Unternehmen systematisch mit der Frage befassen, ob sie Frauen und Männer gleich entlohnen. Dem Betriebsrat soll damit ein Werkzeug in die Hand gegeben werden, um das Schließen der Einkommensschere stärker zum Thema zu machen.

Mehr dazu auf www.gpa-djp.at/frauen

Geregelte Samstagsarbeit im Handel

Der Kollektivvertrag für den Handel regelt klar, dass auf einen Samstag, an dem nach 13 Uhr gearbeitet wird, ein arbeitsfreier Samstag folgen muss. Trotzdem kommt es zu zahlreichen Verstößen gegen diese Bestimmung, unter anderem auch in der Lugner-City. Daher informierte die GPA-djp Anfang August vor dem Wiener Einkaufszentrum erstmals auch KundInnen über die Rechte der Beschäftigten.



© Willi Denk

„Wer mehr Rechte einfordert, der sollte darauf achten, die eigenen Verpflichtungen einzuhalten“, bringt es der stv. Bundesgeschäftsführer Karl Proyer auf den Punkt. Unternehmen der Lugner City haben beim Verfassungsgerichtshof Klage auf die Öffnung ihrer Geschäfte an Sonntagen eingebracht. „Wir wollen diesen Unternehmen die Verantwortung bewusst machen, die sie gegenüber ihren Beschäftigten haben“, so Proyer.

Die GPA-djp wird ihre Informationsoffensive auch in anderen Einkaufszentren in ganz Österreich fortsetzen.



Pflegebedürftig zu sein trifft viele finanziell sehr hart.

Pflege: Solidarische Finanzierung dringend nötig

Das Pflegegeld unterstützt Menschen, die ohne fremde Hilfe nicht zurechtkommen. Es deckt aber oft nicht alle Kosten ab. Die Gewerkschaft tritt daher für eine solidarische Finanzierung ein.

Von Alexia Weiss

In Österreich erhalten 430.000 Personen Pflegegeld, etwa 60.000 von ihnen werden in Heimen oder im Spital betreut. Hilfs- und pflegebedürftig zu werden, ist heute ein individuelles Risiko, so Robert Oberndorfer, Geschäftsführer der Caritas Socialis in Wien. Wessen Gesundheitszustand sich nicht mehr verbessert, für dessen Betreuung kommt die Sozialversicherung nicht mehr auf.

Rund ein Drittel der Bevölkerung werde im Laufe ihres Lebens pflegebedürftig, so Oberndorfer. „Wen es trifft, trifft es finanziell hart.“ Ein Umdenken der Gesellschaft sei daher unabdingbar. 2010 wurden für Pflege fast 4 Milliarden Euro aufgewandt. 2020 ist mit einem Mehraufwand von mindestens 1,6 Milliarden Euro zu rechnen, so GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. Eine qualitative Verbesserung, wie

die GPA-djp sie dringend fordert, würde zwei Milliarden kosten.

Thomas Eminger, Geschäftsführer der Volkshilfe Burgenland, pflichtet bei: eine solidarische Finanzierung sei inzwischen Konsens aller Trägerorganisationen. Mit der Einführung des Pflegegelds 1993 habe Aufbruchstimmung geherrscht – doch nun sieht man: Die Situation ist damit nicht im Griff. Dazu trägt

auch bei, dass das Pflegegeld in diesen 18 Jahren kaum valorisiert wurde. Bis 2014 sichert der jüngst eingerichtete Pflegefonds den Status Quo. Aber was ist danach?

Bedarf steigend

Zwar beruhigt Oberndorfer, dass zwei Drittel der ÖsterreicherInnen bis zu ihrem Lebensende weitgehend ohne Pflege auskommen. Durch die demografische Entwicklung steigt die Gesamtzahl älterer Menschen aber an – und damit wird auch die Gruppe der zu Betreuenden größer.

Die Pflege von Familienmitgliedern geht traditionell meist zu Lasten der Frauen. Sie stehen, wenn ein Elternteil pflegebedürftig wird, oft vor der Entscheidung: den Job kündigen und die Pflege selbst übernehmen oder einen Heimplatz suchen. Die Abschaffung des Regresses habe hier eine Verschiebung gebracht: Die Nachfrage nach Plätzen in Pflegeheimen sei gestiegen. Mittlerweile hat die Steiermark den Regress auf das Einkommen von Angehörigen allerdings wieder eingeführt.

Keine einheitliche Regelung

Der Regress ist aus Sicht der Träger und der Gewerkschaft ein Rückschritt, der auch eines verdeutlicht: dass das Thema Pflege von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt ist. Das beginnt bei der Zuerkennung der Pflegestufen und endet bei der unterschiedlich gehandhabten Heranziehung von privatem Vermögen des zu Pflegenden. „Wir müssen hier zu einheitlichen Rahmenbedingungen und Standards kommen“, so Eminger.

Oberndorfer ist vor allem die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze

in Wien ein Anliegen: die Caritas Socials bietet sowohl stationäre Pflege als auch Tageszentren, mobile Pflege, aber auch betreutes Wohnen. So werden beispielsweise in zwei Wohnungen jeweils acht Demenzzranke rund um die Uhr versorgt.

Lösungsvorschläge

Eminger, der am Land vor allem einen Nachholbedarf bei Tageszentren und betreutem Wohnen ortet, schwebt für die Zukunft ein Mix aus Sach- und Geldleistungen vor. So müsste der Einzelne nicht abwägen, welche Leistung er sich kaufen könne, sondern würde zum Beispiel Therapien als Sachleistung konsumieren können. Das würde auch zu mehr Lebensqualität und einem geringeren Einsatz von Medikamenten führen.

Der Pflegefonds wird langfristig nicht ausreichen, wir brauchen eine solidarische Finanzierung.

Nötig wären dazu auch neue Berufsbilder im Bereich Pflege. Oberndorfer freut sich bereits auf die AbsolventInnen der neu geschaffenen Sozialbetreuungsberufe mit dem Schwerpunkt Altenarbeit. Mehr Qualifikation sei dringend nötig. Bisher fokussiere die Pflegeausbildung vor allem auf Tätigkeiten im Krankenhaus. Die Caritas Socials investiere hier daher derzeit viel in entsprechende Weiterbildung.

Niedrige Gehälter

Mehr Qualifikation bedeutet aber auch: höhere Gehälter. Die sind aus Sicht der Gewerkschaft übrigens längst überfällig. 2009 lagen die mittleren Einkommen im Bereich Gesundheit und Soziales bei 1.564 Euro – und damit 17 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen von

Angestellten, prangert Katzian an. Niedrige Gehälter führen auch zu einer hohen Fluktuation. Und in manchen Gegenden, etwa im Nordburgenland, sind überhaupt nur sehr schwer Pflegekräfte zu finden. Derzeit kommt jede zweite bis dritte Pflegekraft im stationären Bereich aus dem Ausland, so Eminger.

Branche im Wandel

Die Pflegebranche steht also vor einem umfassenden Wandel. Die GPA-djp gemeinsam mit der Gewerkschaft vda sprechen sich daher für die langfristige Einrichtung eines solidarisch finanzierten Pflegefonds aus. Hier sollen die bisherigen für Pflege zur Verfügung stehenden Gelder hineinfließen. Dazu kämen die nötigen zusätzlichen zwei Milliarden Euro aus einem Finanzierungsmix aus verschiedenen (darunter vermögensbezogenen) Steuern. „Das individuelle Risiko soll weitgehendst minimiert werden“, betont Katzian. Und: Den Betroffenen soll möglichst

lange die Wahl zwischen Betreuung zu Hause, in betreuten Wohnungen, Senioren- und Pflegeheimen ermöglicht werden.

Eine gerechtere Entlohnung wäre auch durch die Einhaltung der bestehenden Kollektivverträge zu erreichen, so der GPA-djp-Vorsitzende. Manche Länder gelten derzeit den Pflege leistenden Organisationen die im Kollektivvertrag vereinbarten Einkommenssteigerungen nämlich nicht in vollem Umfang ab. Ein Problem, das Eminger aus der Praxis kennt: Die Volkshilfe sei dann gezwungen, die Leistungen für die zu Pflegenden zu kürzen. Das bringe wiederum die MitarbeiterInnen unter Druck: Dieselben Tätigkeiten müssten so in kürzerer Zeit geleistet werden. Und die Burn-out-Gefahr steige. ■



Entgleiste Arbeitszeiten

In kaum einem anderen Land werden so viele Überstunden geleistet wie in Österreich. Gleichzeitig steigen die Fälle von Burn-out und psychischer Überlastung.

Von Martin Panholzer

Als die GPA-djp im Juni dieses Jahres mit der politischen Initiative „Mehr Urlaub für alle“ an die Öffentlichkeit trat, war der Aufschrei von Seiten der Wirtschaft groß: Wir seien ohnehin Weltmeister bei Urlaubs- und Feiertagen, wir könnten uns eine Verteuerung der Arbeitskosten nicht leisten, dies sei kontraproduktiv und wettbewerbshemmend, so die Hauptargumente. Was dabei geflüstert unter den Tisch gekehrt wird: Die österreichischen ArbeitnehmerInnen sind längst Weltmeister, wenn es um Überstunden, um tatsächlich geleistete Arbeits-

zeit, Flexibilität und folglich auch Produktivität geht. Die Zahl der ArbeitnehmerInnen, die regelmäßig Überstunden leisten, stieg in Österreich von 650.000 im Jahr 2004 auf 731.000 im Jahr 2010 an. Das ist eine Zunahme um zwölf Prozent. Rund ein Fünftel der ArbeitnehmerInnen leisten inzwischen regelmäßig Überstunden, im Schnitt 8,2 Stunden pro Woche.

Beschäftigte fallen um Geld um

Mit der Zunahme der Überstunden macht sich auch zunehmend eine

Praxis breit, dass die Bedeutung von Zeitausgleich und Zeitkonten gegenüber den „traditionellen“ Geldvergütungen zunimmt und Geldansprüche bzw. Guthaben ganz einfach verloren gehen. Den ArbeitnehmerInnen, aber auch der Sozialversicherung entgehen dadurch Millionenbeträge. Laut Statistik Austria wurden im Jahr 2009 von 313,8 Millionen offiziellen Überstunden 77 Millionen Überstunden nicht bezahlt, das ist etwa ein Viertel. Im Handel ist davon auszugehen, dass sogar ein Drittel der geleisteten Überstunden nicht bezahlt wird. „Wir brauchen unbedingt eine Stär-

kung der Rechte beim Verbrauch und bei der Abgeltung von Zeitkonten für jene, denen diese Guthaben gehören. Generell muss alles getan werden, den Aufbau von Zeitkonten zu beschränken und dem ausufernden Ansammeln einen Riegel vorzuschieben. Das wird sicher auch ein Thema bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen“, stellt der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Karl Proyer, fest.

Flexibilität muss etwas kosten

BetriebsrätInnen bestätigen die negativen Folgen einer entgleisten Arbeitszeitkultur auf die Beschäftigten. Der Betriebsratsvorsitzende des Unternehmens BRP-Powertrain, Klaus Topf, ist mit dem Phänomen konfrontiert, dass die Angestellten bereits bei Eintritt ins Unternehmen nur noch All-in-Verträge angeboten bekommen und in Hinblick auf Überstundenabgeltung nicht zu ihren Rechten kommen. „Generell sollten All-in-Verträge erst nach dem ersten Arbeitsjahr möglich sein, und es ist zentral, dass Gesetze und kollektivvertragliche Regeln eingehalten werden. Bei einem All-in-Vertrag muss die vereinbarte Überstundenzahl im Dienstvertrag ausgewiesen werden, nur so ist eine gerechte Entlohnung nachweisbar“, so Topf.

Der Betriebsratsvorsitzende von MAN, Markus Vogl, sieht in der Komplexität der Anforderungen mit vielen unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen das Hauptproblem. „Hier Regelungen zu finden, welche den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Kolleginnen und Kollegen gerecht werden, ist sehr schwierig“, erklärt Vogl.

„Wir haben es mit einer sehr einseitigen Form von Flexibilität zu tun. Mehrleistungen in Form von Gleit-

zeitstunden sind kein Problem. Der Abbau von diesen oder die Anerkennung als Überstunden aber oft schon“, sagt Vogl. Er fordert daher klare und transparente Strukturen, eine vernünftige Ressourcenplanung und – so paradox das klingen mag – eine Einschränkung der Flexibilität: Eine Gleitzeit mit einem Rahmen von –10 bis +10 Stunden sollte aus Sicht der ArbeitnehmerInnen vollkommen ausreichend sein, da es kaum Betriebe mit größeren Plus-Salden gebe, über die der/die ArbeitnehmerIn wirklich auch frei entscheiden kann. „Die Utopie von 14 Tagen frei im Sommer als Ausgleich für den Stress im Frühjahr kenne ich im Bereich der Metallbranche nicht. Vielmehr Stundenab-

Eine Senkung der Zahl der Überstunden auf den EU-Durchschnitt könnte 42.000 Arbeitsplätze schaffen.

bau am Jahresende, damit keine Rückstellungen für diese Stunden gemacht werden müssen. Solange die Flexibilität im Angestelltenbereich nichts kostet, gibt es keinen Grund für die Unternehmer, sich über deren Arbeitssituation ernsthaft Gedanken zu machen“, resümiert Vogl.

Gesundheitliche Probleme

Diese Arbeitszeitrealität entlarvt auch das Gerede vom „Freizeit-Paradies“ Österreich als Mythos. Tatsächlich hat diese Entwicklung viele Schattenseiten. Wir sind mit einer alarmierenden Zunahme von stressbedingten Krankheiten konfrontiert. ArbeitnehmerInnen, die regelmäßig Überstunden leisten, leiden deutlich stärker an gesundheitlichen Problemen als Beschäftigte ohne Überstundenleistung. Die rapide Zunahme von Krankständen aufgrund von Erschöpfungszuständen und vorzeitigem

Ruhestand infolge von psychischen Belastungen sind die logische Konsequenz. Die Anzahl derer, die aufgrund psychischer Leiden in Frühpension gehen müssen, ist in Österreich in den letzten sechs Jahren um 37 Prozent angestiegen. Alle Bestrebungen, das tatsächliche Pensionsalter der Menschen im Land hinauf zu setzen, werden keinen Erfolg haben, wenn der Belastung durch ausufernde Arbeitszeiten nicht Einhalt geboten wird.

Auch aus beschäftigungspolitischer Sicht sind ausufernde Arbeitszeiten kontraproduktiv: Laut Berechnungen des Sozialministeriums könnten bei einer Absenkung des Überstundeniveaus auf den Durchschnitt der EU-Staaten zumindest 42.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. ■



☒ Martinan, Fotolia.com

Durch gefallen

Oft werden Lehrlinge als billige Arbeitskräfte gesehen. Die Qualität der Ausbildung leidet entsprechend.

Von Christian Resei

Bei einem bekannten Elektrodiskonter hat Richard N.* eine Lehre als IT-Techniker absolviert. Dreieinhalb Jahre Lehrzeit und trotzdem keine adäquate Ausbildung: „Wir haben nur das gelernt, was für die Firma wirklich nützlich war“, erzählt Richard. Eingesetzt im Computerverkauf und bei Reparaturen, wurde der heute 19-Jährige durch alle Abteilungen der Firma geschleust. Doch eine Fachkraft für Informationstechnologie muss sich auch mit Computervernern und Netzwerken auskennen. Richard N.: „Darüber habe ich in der Firma gar nichts gelernt.“ Zwar wurden diese Bereiche in der Berufsschule durchgenommen, allerdings nur in Form von Frontalunterricht. Er konnte daher keine eigenen Erfahrungen sammeln und schon gar keine Anwendungen durchführen.

Nicht bestanden

Bei der Lehrabschlussprüfung zum IT-Techniker ist Richard bereits zweimal durchgefallen. Um den versäumten Stoff nachzuholen, müsste er viel Zeit und auch Geld aufwenden. „Denn eigentlich müsste ich mir pri-

vat ein eigenes Computernetzwerk einrichten, um den Stoff üben zu können“, klagt Richard. Er absolviert nun seinen Zivildienst und hofft, seine Prüfung bald abzuschließen: „Sonst muss ich mir einen anderen Job suchen.“

Kein Einzelfall

„Richard ist leider kein Einzelfall, viele Unternehmen sehen in Lehrlingen nur eine billige Arbeitskraft“,

**Allein in Wien fallen
17,3 Prozent bei der
Lehrabschlussprüfung durch.**

berichtet Christoph Peschek, Regionaljugendsekretär der GPA-djp in Wien und Wiener Landtagsabgeordneter. Bei der Lehrabschlussprüfung rächt sich das, denn da geht es um Berufskennnisse. Allein in Wien fallen 17,3 Prozent bei dieser Prüfung durch. Bei den Malern und Anstreichern sind es sogar über zwei Drittel (65,6 Prozent).

Eine Lehrlingsausbildung bieten nur elf Prozent der Wiener Betriebe an, während es etwa in Berlin 25 Prozent und in Bern 20 Prozent sind. In ganz

Österreich sank die Zahl der Lehrlinge von knapp 120.000 im Mai 2008 auf 110.000 im Mai 2011, die Wiener Ausbildungsbetriebe sind 2010 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent gesunken. Und die Lehrlinge haben häufig mit schlechten Bedingungen zu kämpfen: Laut einer Umfrage der GPA-djp aus dem Jahr 2010 mussten 65 Prozent der Handelslehrlinge schon Überstunden machen, 40 Prozent der Lehrlinge haben Probleme im Krankenstand und 30 Prozent sind schon ganz alleine im Geschäft gestanden.

Die GPA-djp fordert daher verpflichtende betriebliche Ausbildungspläne unter Einbeziehung von Betriebsrat und Jugendvertrauensrat, Ausweitung der Berufsschule auf zwei Tage in der Woche und einen regelmäßigen Qualitäts-Jour-Fixe mit Feedback der Lehrlinge. Außerdem sollen die Arbeitgeber die Berufsschulzeugnisse auch ernsthaft prüfen und Abschlüsse anrechnen. „Denn was soll ein HAK-Maturant, der als Bürolehrling arbeitet, noch in der Berufsschule lernen?“, fragt sich Christoph Peschek. ■

*Name ist der Redaktion bekannt



Foto: contour99, istockphoto.com



© Nurrith-Wagner-Strauss

Mehr Geld für zehntausende KassierInnen

Die GPA-djp erreicht eine wichtige Grundsatzentscheidung des Höchstgerichts für die Bezahlung von Handelsangestellten.

Von Lucia Bauer

Wer schon einmal am Freitag Abend vor einer Supermarktkasse Schlange gestanden hat, weiß, dass Kassieren mit großen Belastungen verbunden ist. Bezahlt wird dafür aber oft zu wenig. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat nun die Rechtsmeinung der GPA-djp bestätigt und entschieden, dass LadenkassierInnen an Scannerkassen in die Beschäftigungsgruppe 3 des Handelskollektivvertrags und nicht wie häufig praktiziert in die schlechter bezahlte Stufe 2 einzuordnen sind.

„Mit dieser Entscheidung wurde eine wichtige Lücke in der Auslegung des Kollektivvertrages in unserem Sinne geschlossen.“ erklärt GPA-djp-Vorsitzender der Wolfgang Katzian. Die Tätigkeit an einer Scannerkasse im Supermarkt erfordere aufgrund der ständig steigenden Anforderungen des Kassiervorganges erhöhte Konzentration bei der

Registrierung der gekauften Artikel und beim Zahlungsvorgang, heißt es in der Begründung des OGH. Diese Tätigkeit erfolge insbesondere bei drängenden Kunden unter Stressbelastung und unter nicht unerheblichem Zeitdruck.

Bis zu 150 € pro Monat mehr

Konkret bedeutet das Urteil für eine Verkäuferin mit vier bis sechs Dienstjahren in einer höheren Kollektivvertragseinstufung etwa 150 Euro mehr im Monat. „Für eine Angestellte, die in den letzten fünf Jahren falsch in Beschäftigungsgruppe 2 eingestuft worden ist, bedeutet das alleine beim Grundgehalt bis zum heutigen Tag eine einklagbare Gehaltsdifferenz von 1.500 bis 3.000 Euro brutto“, ergänzt der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Proyer.

„Wir freuen uns daher über diese Richtungsentscheidung. Sie ist ein

wichtiges Instrument gegen die Versuche mancher Handelsunternehmen, den Beruf der KassierInnen niedriger zu bewerten“, erklärt Katzian. Trotz reflexhafter Behauptungen einiger Unternehmen bei ihnen sei alles bestens, stehen im Service-Center der GPA-djp die Telefone nicht mehr still. Kein Wunder, denn für die Beschäftigten geht es um viel Geld. Rund 35.000 bis 50.000 Angestellte sind als KassierInnen tätig. Etwa die Hälfte davon könnte falsch eingestuft sein. Die OGH-Entscheidung gilt im Übrigen nicht nur für Angestellte, die ausschließlich kassieren, sondern auch für Angestellte, deren Kassiertätigkeit mehr als die Hälfte der Gesamtarbeit ausmacht.

Wenn auch Sie Fragen zu Ihrer Einstufung oder Ihrer Gehaltsabrechnung haben, dann wenden Sie sich an unsere MitarbeiterInnen unter **05 03 01 - 301** zum Ortstarif oder per E-Mail unter service@gpa-djp.at. ■



Foto: ramplett, istockphoto.com

Interkultur – nie war sie so wertvoll wie heute

Unternehmen profitieren von der zunehmenden Mobilität der Menschen, unsere Gesellschaft ebenso. Hoch an der Zeit, dass Politik und Wirtschaft entsprechend handeln.

Von Ernst Schmiederer

Alles ganz einfach: MigrantInnen verdienen Geld, zahlen Steuern, kaufen Waren, tragen zum Wachstum unserer Wirtschaft bei. Wir ÖsterreicherInnen profitieren davon, dass Menschen aus anderen Ländern mit ihren Talenten und ihrem Fachwissen zu uns kommen. Wohin man auch blickt, die Bilanz fällt für die Zuwanderung aus. Ein beliebiges aktuelles Beispiel war dieser Tage in einer der Gratiszeitungen zu lesen: „Die Gruppe jener Menschen, die in Österreich arbeiten, aber einen anderen als den österreichischen Pass besitzen, hat im vergangenen Jahr 300 Millionen Euro mehr in die Krankenkassen gezahlt, als sie an Leistungen beanspruchte.“

Trotz alledem flirtet der politmediale Komplex im Kampf um den Stammtisch gewohnheitsmäßig

mit Rechtsradikalen und Populisten. Qualifizierte Zuwanderer zu rufen, wie das die Bundesregierung mit der Rot-Weiß-Rot-Card nun versucht, geht in Ordnung. Wenn zugleich ein Fremdenrechtspaket das Leben für die überwiegende Zahl der MigrantInnen und AsylwerberInnen schwerer macht, bleibt aber nur schlechter Geruch: In Wahrheit, so lesen viele Zugewanderte die Lage, will uns das offizielle Österreich nicht.

Dabei wäre es so einfach. UnternehmerInnen, PolitikerInnen und Sozialpartner haben die Argumente zur Hand und obendrein noch Zugang zu Geld und Machtstrukturen. Diese Werkzeuge sollen sie einsetzen, um mit einem Blick auf unsere gemeinsame Zukunft pragmatisch einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu propagieren: Es ist nicht so wich-

tig, wo jemand geboren ist oder wie lange er schon in Österreich lebt; wichtig ist allein die Tatsache, dass er oder sie jetzt hier ist und zu unserer gemeinsamen Zukunft beitragen will.

Heterogenität

Eine solche Programmatik, die der deutsche Soziologe Mark Terkessidis 2010 in seinem Buch „Interkultur“ detailliert ausgearbeitet hat, setzt auf das Erkennen der Heterogenität in unseren Gesellschaften: „Wir stehen vor der großen Aufgabe einer interkulturellen Alphabetisierung. Und dabei lernen wir alle eine neue Sprache.“ Auf die Institutionen unserer Gesellschaft bezogen empfiehlt Terkessidis, diese wie „ein Gebäude so umzubauen, dass es nicht für die ‚Normalen‘ gut funktioniert, die von vornherein die rich-

tigen Voraussetzungen mitbringen, sondern für alle Bewohner oder Benutzer“.

Cross-Media-Projekt

In diesem Sinn dokumentiert das Cross-Media-Projekt IMPORT/EXPORT (importundexport.at) Vielfalt und stellt der Unkultur des Ressentiments einen Erzählstrang gegenüber, der unserer interkulturellen Realität verpflichtet ist. In Video-Produktionen („Linz.Gemeinsam.Leben“), Fotoausstellungen („100 Ausländer auf 25 Quadratmetern“), Plakataktionen („Deutsche Sprache, schwere Rache“) und Workshops („Träume träumen“) erkundet das Team von IMPORT/EXPORT vielfältige Alltagsrealitäten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Mit einer breiten Projektpalette ist IMPORT/EXPORT für Kooperationen mit Partnern und Organisationen aus Politik, Ökonomie, Sport, Kunst und Kultur konzipiert.



Das Buch IMPORT/EXPORT sammelt 240 Erzählungen von Menschen, die im Ausland geboren sind und in Österreich leben („Lauter Ausländer“), und von solchen, die aus Österreich kommend Ausländer geworden sind („Noch mehr Ausländer“). Diese Geschichten erfolgreicher MigrantInnen wurden für die Österreich-Ausgabe der deutschen Wochenzeitung DIE ZEIT verfasst. In Summe ergeben sie nun ein Alphabet der Migration, der Mobilität und der Interkultur. Sie zeigen, dass Zuversicht angebracht ist: Nie zuvor war unser interkultureller Alltag so wertvoll wie heute. ■

Ernst Schmiederer ist Autor der Wochenzeitung DIE ZEIT, führt das blinklicht.media.lab und leitet die Interkultur-Plattform importundexport.at.

Ernst Orhan, 40

Der in Kurdistan geborene Österreicher arbeitet für die Wiener Volkshilfe.



Foto: Ernst Schmiederer

Wir sind zehn Geschwister. Mein Vater holte uns 1981 nach Ternitz, wo er Arbeit hatte. Als er den Job verlor, mussten wir zurück in die Türkei. Einen nach dem anderen holte er uns von dort wieder nach Österreich, als er sich das leisten konnte. Als ich 1987 mit 16 Jahren nach Wien kam, hatte ich die Hauptschule fertig, aber keinen Beruf. Am Brunnenmarkt fand ich Arbeit bei einem Gemüsegroßhändler. Auf Dauer machte mich das nicht zufrieden. Ich ließ mich zum Karate-Lehrwart ausbilden und schloss eine Ausbildung als Versicherungskaufmann ab. Seit 2010 arbeite ich als Betreuer in einer Volkshilfe-WG für Kinder aus sozial auffälligen Familien. Demnächst beginne ich ein Studium der Sozialpädagogik.

Gewerkschaftlich engagiere ich mich in der Interessensgemeinschaft work@migration der GPA-dj.p. Als Vater einer vierjährigen Tochter ist mir die Zukunft unserer Kinder ein großes Anliegen. Den Begriff Integration vermeide ich, weil er nicht zeitgemäß ist: Wer sollte sich da an wen anpassen? Wir alle zusammen sind ein Ganzes, das wir auch alle gemeinsam gestalten können.

Fathi Farzaneh, 49

Die aus dem Iran stammende Österreicherin studiert Sozialmanagement.



Foto: Ernst Schmiederer

Ich kam als politischer Flüchtling mit meinem Mann nach Wien. Wir mussten Teheran 1983 verlassen und lebten mit unserem Sohn im irakischen Kurdistan. 1988 schafften wir es nach Wien. Ich war zehn Jahre bei Siemens als Software-Ingenieurin und unter anderem am eCar-Projekt beteiligt. Unser Sohn wurde in der HTL Spengergasse zum Ingenieur ausgebildet, unsere Tochter besucht das Gymnasium.

Mein Leben ist durch Politik und soziale Arbeit geprägt. Bis vor kurzem war ich im GPA-dj.p-Bundesausschuss von work@migration, einem gewerkschaftlichen Netzwerk zur Repräsentation der MigrantInnen. Ich habe die Gewerkschaftsschule besucht, mich in NLP-Kursen weitergebildet und am GPA-dj.p-Kongress vergangenes Jahr eine Rede über die Rechte der MigrantInnen gehalten. Im Lauf der Jahre lernte ich also auch durch mein politisches Engagement viel über das Thema Migration. Um dies akademisch abzusichern, entschied ich mich für das Studium Sozialmanagement. In einem halben Jahr wurde ich fertig. Danach suche ich mir einen Job in der Forschung, um mich dort mit dem Thema Migration zu beschäftigen.

Katja Kullmann: **Echtleben. Warum es heute so kompliziert ist, eine Haltung zu haben.**

Eichborn Verlag 2011.
 € 17,95.

Katja Kullmann ist deutsche Journalistin und Autorin, 40 Jahre alt und hat bereits Höhen und Tiefen eines Berufslebens zwischen freier Beschäftigung und Angestelltendasein erlebt. Ihr Buch „Generation Ally“ (2002) wurde zum Bestseller – was sie jedoch nichtdavor bewahrte, einige Jahre später Hartz-IV-Empfängerin zu werden.

Wie sich die Einkommensspirale zwischen dem Hype um Neue Medien, der Finanzkrise, dem Vormarsch atypischer Beschäftigungsverhältnisse immer weiter nach unten dreht, obwohl Arbeit geleistet wird, die sich auch nicht

an geregelte Arbeitszeiten hält, schildert sie hier sehr eindrücklich. Sie zieht dabei die eigene Biografie heran, arbeitet aber auch viel aktuelle Fachliteratur zum Thema ein. So ergibt sich das Bild einer Gesellschaft im Wandel.

Die Bilanz der Autorin lautet: das Prekariat ist auf dem Vormarsch, und davor kann auch Bildung nicht schützen. Ein Jobangebot wird zum Lotogewinn, Haltungen haben den Nachrang, denn solche kann sich der Arbeitssuchende nicht mehr leisten.

Kullmann beschränkt sich aber nicht nur auf die Medienwelt. Sie

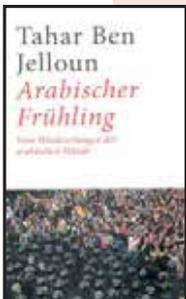


schildert, wie das Einpersonenernehmerum quer durch alle Branchen boomt – und doch in vielen Fällen Schiffbruch erleidet. Sie beschreibt, wie unmöglich es für die heute 30–40-jährigen ist, sich Wohnraum anzuschaffen oder einen Betrieb aufzubauen. Wer nicht von den vorherigen Generationen erhalten oder miterhalten wird oder aber erbt, kämpft um finanzielle Überleben. Obwohl sich Kullmann einer teils etwas zu manierierten Sprache bedient, sitzt jeder Satz, ist ihr Befund auch auf Österreich eins zu eins zu übertragen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind auf dem Vormarsch – und machen alles zunichte, was von den Gewerkschaften über die Jahrzehnte erkämpft wurde: geregelte Arbeitszeiten, faire Bezahlung und soziale Absicherung.

A. Weiss

Tahar Ben Jelloun: **Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde.**

Berlin Verlag 2011.
 € 10,30.



Der Untertitel der deutschsprachigen Ausgabe ist Programm: Der gebürtige Marokkaner Tahar Ben Jelloun beschreibt in dieser literarischen Reportage, wie sich der Funke der Revolte in der arabischen Welt im Frühjahr 2011 ausbreitet. Einige diktatorische Regimes fallen, in anderen kämpfen die Menschen immer noch um demokratische Rechte und Freiheit. Europa und die USA haben jahrelang weggeschaut und die zum Teil menschenverachtenden Regimes damit unterstützt. Ben

Jelloun will dieses Buch als Erklärungsversuch der Ereignisse in den arabischen Gesellschaften verstanden wissen: „Der größte Sieg des arabischen Frühlings liegt in seiner Reife; seit langem hängen sich die Demütigungen, wird die Verachtung immer unerträglicher, ist das Fass am Überlaufen und droht sogar in tausend Teile zu zerbersten.“

In einer sehr persönlichen und literarischen Sprache beschreibt Ben Jelloun die Ereignisse in Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, im Jemen und in Libyen. Er macht klar, dass die Revolte der arabischen Welt nicht vom Islamismus oder irgendeinem Extremismus getragen wird, wie uns die alten Regimes und auch viele westliche Medien glauben machen wollen, sondern von einem Kampf um die Würde und die Freiheit dieser Menschen.

In einem zweiten Teil erzählt er in Form einer Novelle die Situation arabischer Jugendlicher am Beispiel des Tunesiers Mohamed Bouazizi, dem jungen Gemütskünstler, der sich im Dezember 2010 durch Selbstverbrennung tötete und damit den Sturz des tunesischen Regimes einleitete.

Tahar Ben Jelloun ist ein frankophoner marokkanischer Schriftsteller und gilt als einer der bedeutendsten Autoren des Maghreb. Zu seinen bekanntesten Werken zählen „Sohn ihres Vaters“, „Die Nacht der Unschuld“ sowie die Kinderbücher „Papa, was ist ein Fremder?“ und „Papa, was ist der Islam?“.

B. Lavaud

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.



© konradbak, Fotolia.com

Konferenz Außendienst-Kollektivvertrag

Auftakt für faire neue Kollektivvertragslösungen.

Am 1. September werden auf einer Tageskonferenz in NÖ Vorschläge für einen modernen, branchenübergreifenden, europatauglichen Kollektivvertrag für Dienstreisen sowie Außen- und Mobildienst präsentiert.

Dienstreisen gehören in den meisten Berufen zum Alltag: 1,2 Millionen, mehr als ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen in Österreich, machen zumindest eine Dienstreise im Jahr. 300.000 ArbeitnehmerInnen sind überwiegend außerhalb ihrer Betriebsstätte tätig. Regelungen von unterschiedlicher Qualität und mit vielen Überschneidungen

finden sich in Gesetzen, Kollektivverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträgen. Manches davon ist stark reformbedürftig.

Die Interessengemeinschaften work@professional und work@external legen nun einen Entwurf für einheitliche kollektivvertragliche Lösungen vor, als Angebot für überbetriebliche und auch für betriebliche Vereinbarungen.

Die Konferenz findet am 1.9.2011 von 10 bis 15.30 Uhr in der Bettfedernfabrik in Oberwaltersdorf/NÖ statt, Anmeldungen auf: www.gpa-djp.at/interesse

Kilometergeld-Kampagne geht weiter!

Die Interessengemeinschaft für Außen- und Mobildienste in der GPA-djp hat sich bereits im Vorjahr erfolgreich gegen die Kürzung des amtlichen Kilometergeldes eingesetzt. In vielen Kollektivverträgen konnten 42 Cent pro Kilometer abgesichert werden. Nun müssen weitere Schritte folgen: Die anhaltende Autokostenteuerung macht ein Kilometergeld von 50 Cent notwendig.



Unterstützen Sie die aktuelle Kampagne für 50c/km steuerfrei online unter www.gpa-djp.at/interesse

Kaufmännischer Zeitungs- und Online-KV

Im Juni wurde der neue Kollektivvertrag für die kaufmännischen (nicht-journalistischen) Angestellten der Tages- und Wochenzeitungen und deren Online- und Nebenausgaben unterzeichnet.

Ausgliederungen und Firmenneugründungen haben hier in vielen Fällen zu Graubereichen geführt, in denen die kollektivvertraglichen Rechte der Angestellten nicht mehr ausreichend gewahrt wurden. Die Vereinbarungen zum Geltungsbereich im neuen KV schaffen wieder Klarheit.

Die wesentlichen Neuerungen: Kaufmännische Angestellte der Nebenausgaben sind erstmals in den neuen Geltungsbereich einbezogen. Das sogenannte „monetäre Rucksackprinzip“ stellt sicher, dass sie automatisch ihre im KV geregelte Bezahlung mitnehmen, sollte es zu weiteren Ausgliederungen kommen. Das Einstiegsgehalt ist für die gesamte Branche definiert, die Vorkünfte bleiben dem Grunde nach erhalten. Die wöchentliche Arbeitszeit ist mit 37 Stunden branchenweit vereinheitlicht.

Der neue KV tritt mit Jahresbeginn 2012 für rund 2.200 Angestellte in Kraft. Damit hat sich die Anzahl jener, deren Rechte und Ansprüche nun brancheneinheitlich gesichert sind, verdreifacht.



Simone van den Berg, Fotolia.com

Zeitwohlstand: Der arbeitsfreie Sonntag gehört der Familie und unterstützt die Unabhängigkeit der Menschen von einem rein wirtschaftlich geprägten Lebensstil.

Den Sonntag genießen

Trotz Bestrebungen, die Ladenöffnungszeiten weiter zu liberalisieren, wollen die Gewerkschaften und die Handelsangestellten am arbeitsfreien Sonntag festhalten.

Von Heike Hausensteiner

Das marmeladefüllte Dinkel-Herz um zwei Euro wird fein säuberlich in Papier eingewickelt und in ein Bank-Austria-Sackerl eingepackt. Der „Feinkost“-Laden in Wien-Neubau hat sonntags von 4.30 Uhr bis 19.30 Uhr geöffnet – seit 20 Jahren, erzählt die Betreiberin, die lieber anonym bleiben möchte. „Die meisten, die am Sonntag um halb fünf in der Früh kommen, wollen etwas haben, haben aber kein Geld mehr. Bei mir nicht!“, echauffiert sich die Greißlerin. Nur im Sommer, da viele aus der Stadt weggefahren sind,

überlege sie, künftig später aufzusperren. Dass in der nahegelegenen Lugner City die Geschäfte auch an Sonntagen aufsperrten könnten, davon hat sie gehört, den Betreiber des Einkaufszentrums tut sie als „Komiker“ ab. Aber fragt man sie nach den Billa-Märkten, die zum Beispiel auf Bahnhöfen am Sonntag geöffnet haben, meint sie: „Ja, da stellen sich alle an, der Billa kriegt das herein, aber die kleinen Händler können sich das nicht leisten, Angestellte am Sonntag zu bezahlen.“ Die Greißlerin selbst kann überhaupt keine Beschäftigten anstellen.

Öffnungszeiten ausreichend

Selbst die Handelskette Billa denkt jedoch nicht daran, die Geschäfte noch länger offen zu halten. Und bis auf die Ausnahmen in Tourismuszonen, an Tankstellen, Bahnhöfen oder Flughäfen lehnt der Rewe-Konzern (neben Billa auch Merkur, Penny, Bipa) eine generelle Sonntagsöffnung ab. „Wenn die Ladenöffnungszeiten ausgedehnt würden, hieße das nicht, dass die KonsumentInnen deshalb mehr Lebensmittel kaufen würden. Es käme lediglich zu einer Verlagerung der

bereits jetzt getätigten Einkäufe auf andere Zeiten“, heißt es aus dem Unternehmen. Das ist auch ein triftiges Argument der Gewerkschaft, weshalb sie die Sonntagsöffnung ablehnt. Das würde wirtschaftlich nichts bringen, weil die KonsumentInnen vom vorhandenen Familieneinkommen „nur einen Betrag X ausgeben können“, erläutert Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp. Mehr Beschäftigung würde eine weitere Liberalisierung des Handels ebenso wenig bringen. Feststellbare Beschäftigungseffekte konnten in der Vergangenheit „leider nur im Bereich der Teilzeit auf Kosten von Vollzeitbeschäftigung beobachtet werden“, so Brantner. Er gibt außerdem zu bedenken, dass die Freiwilligkeit bei der Sonntagsarbeit nur minimal gegeben sein würde.

Angestellte wollen freien Sonntag

Wie mehrere Befragungen bei den Handelsangestellten ergaben, wollen weit über 90 Prozent den freien Sonntag beibehalten. Während ArbeitnehmerInnen und Betriebsrat des Rewe-Konzerns öffentlich für den freien Sonntag auftreten (dürfen), trauen sich das die Beschäftigten in der Lugner City nicht. Ebenso gemischte Gefühle scheinen diesbezüglich die Angestellten im Metro-Markt in Langenzersdorf im südlichen Weinviertel zu haben. „Wir haben gehört, dass die Sonntagsöffnung in Deutschlands Metro-Märkten kommen soll, aber bei uns ist das vorerst nicht der Fall“, so eine Angestellte. Eine ältere Kollegin erzählt: „Manchen ist es egal – manchen ist es nicht egal, denen die Kinder haben. Aber es wird niemand das Unternehmen verlassen deshalb, ich bin seit 18 Jahren da.“ Maria Gluchmann, die bei Billa arbeitet, wäre

selbst nicht bereit, an Sonntagen zu arbeiten: „Nein, Sonntag ist Familientag!“

Zeitwohlstand

Die Gesellschaft sei in vielen Bereichen anders am Sonntag, unterstreicht Franz Georg Brantner von der GPA-djp. Und der Handel, mit 500.000 Angestellten eine der größten Branchen, sei ein Taktgeber für andere Bereiche. Es habe ohnehin schon viele Veränderungen gegeben in den vergangenen Jahren wie die Ausdehnung der Öffnungszeiten am Abend und an Samstagen. Etwa im Lebensmittelhandel sind

Eine weitere Liberalisierung des Handels würde nicht mehr Arbeitsplätze schaffen.

zu 75 Prozent Frauen tätig, viele von ihnen alleinerziehende Mütter; inzwischen sei der Samstag zum Glück schulfrei geworden, so Brantner, wenn Alleinerzieherinnen samstags arbeiten müssen, sei das jedoch ein großes Problem für sie. Hinzu kommt, dass die bestehenden Möglichkeiten der Ladenöffnungszeiten von den wenigsten im vollen Umfang ausgeschöpft werden. „Wir verstehen daher nicht, warum es eine weitere Ausdehnung auf den Sonntag geben soll.“

Brantner verweist auf das Beispiel von Großbritannien, wo durch eine noch größere Liberalisierung der arbeitsfreie Sonntag sehr schnell bedeutungslos geworden sei. Und er spricht in diesem Zusammenhang von „Zeitwohlstand, dass man den Sonntag sehr wohl genießen kann. Das ist für mich als Humanist wichtig“. Offenbar auch für die meisten Handelsangestellten – „weil ich sonst nichts mehr von meinem Leben habe“, wie viele meinen. ■

Europäische Sonntagsallianz

Um den arbeitsfreien Sonntag zu erhalten, haben im Juni in Brüssel mehr als 50 europäische Organisationen, gewerkschaftlicher sowie kirchlicher, politischer und sozialer Natur die „European Sunday Alliance“ unterzeichnet. Die Allianz entstand vor zehn Jahren in Österreich und hat ihre Wurzeln in Oberösterreich.

Die Erklärung beruht auf der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die verfassungsrechtlich verankert sind. Die „Europäische Sonntagsallianz“ hält fest, dass „ein arbeitsfreier Sonntag und angemessene Arbeitszeiten ein hohes Gut für die BürgerInnen in ganz Europa sind“. Der soziale Zusammenhalt müsse gefördert werden. Und zwar auch, damit Arbeit, Familie und Privatleben vereinbar sind. Denn nicht standardisierte Arbeitszeiten bringen die sozialen Rhythmen durcheinander, mit negativen Folgen für die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen. „Arbeitsfreie Sonntage unterstützen traditionell die Unabhängigkeit der Menschen von einem rein wirtschaftlich geprägten Lebensstil.“

Die europäische Sonntagsallianz wird von den osteuropäischen Ländern ebenfalls mitgetragen, betont Franz Georg Brantner. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs seien dort „auf der grünen Wiese“ Einkaufszentren ohne Zeitenregelung errichtet worden. Das versuche man jetzt, Schritt für Schritt wieder rückgängig zu machen.

Diskonter mit Verantwortung

Arbeit im Handel kann auch für Frauen familienfreundlich sein: Eine Textilkette übt den Dialog und erntet ein gutes Arbeitsklima.

Von Christian Resei



www.photographics.at

Gabriela Friedl, Betriebsratsvorsitzende von NKD

Diese Beziehung ist nachhaltig: Bereits 27 Jahre arbeitet die Steirerin Gabriela Friedl bei NKD und seinen Vorgängerunternehmen. „Die seinerzeitigen TPS-Märkte wurden nach der Insolvenz des Konsums 1995 an NKD verkauft“, erzählt Friedl. „Schon damals spielte die Sozialpartnerschaft eine wichtige Rolle.“ Die Filialleiterin im steirischen Feldbach ist seit zwölf Jahren als Betriebsratsvorsitzende des deutschen Textildiskonters tätig. Wie zumeist im Handel ist die Belegschaft in den Geschäften fast durchgehend weiblich.

Flexible Arbeitszeitgestaltung

Viele der Frauen sind, wie Gabriela Friedl, schon viele Jahre beim Unternehmen beschäftigt. Geschäfte mit ständig wechselnden Verkäuferinnen, wie es bei anderen Diskontern üblich ist, sind sehr selten. In den 270 österreichischen NKD-Filialen arbeitet übrigens nur ein Mann. Friedl: „Wir haben eine Betriebsvereinbarung zu den Arbeitszeiten. Vor allem Müttern kommt es sehr entgegen, dass die Einteilung vor Ort und im Team gemacht wird. Diese flexible Arbeitszeitgestaltung

trägt sehr viel zur Zufriedenheit der Belegschaft bei.“

Fallen Über- oder Mehrstunden an, sollten diese innerhalb von 13 Wochen in Freizeit abgebaut werden. Nicht abgebaute Stunden werden ausbezahlt. Die richtige Einstufung im Kollektivvertrag sowie die Abgeltung von Vor- und Nacharbeitszeiten sind „bei uns eine Selbstverständlichkeit“, betont die Betriebsratsvorsitzende.

Regelmäßiger Dialog

„Bei den Diskontern gibt es immer mehr Mitbewerber und dementsprechend erhöht sich auch der Druck auf die MitarbeiterInnen. Unsere Firma versucht das mit Weiterbildungsmaßnahmen und Schulungen aufzufangen“, berichtet Friedl. Wie es das Gesetz vorsieht, wird der Betriebsrat regelmäßig zu Wirtschaftsgesprächen in der Firma eingeladen. „Wir haben ein sehr gutes Einvernehmen“, bestätigt auch Manuel Lehner, der NKD als GPA-djp-Regionalsekretär in Oberösterreich, wo sich die Zentrale von NKP befindet, betreut. „Wenn es Probleme gibt, werden diese schnell

behandelt. In anderen Firmen müssen wegen kleiner Sachen erst lange Stellungnahmen geschrieben werden, doch hier wird das unbürokratisch gehandhabt.“

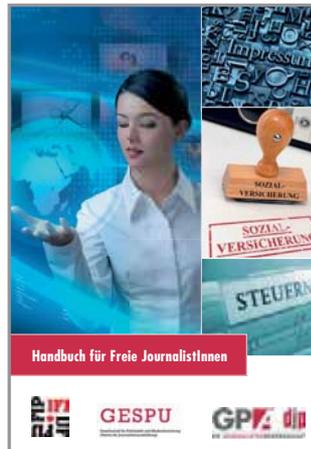
Gabriela Friedl, die bald drei Jahrzehnte im Betrieb wirkt, hat für die KollegInnen freilich noch Verbesserungen im Sinn: Ziele sind weitere Verbesserungen der Arbeitszeitmodelle und optimale Gesundheitsvorsorge sowie ArbeitnehmerInnen-schutz. Besonders liegt Friedl aber auch eine Erfolgsbeteiligung für die Belegschaft am Herzen. ■

NKD

Die erste deutsche NKD-Filiale (steht für Niedrig Kalkuliert Discount) eröffnete 1962 in Essen. In Österreich wurden 1995 die zum Konsum gehörenden TPS-Märkte übernommen und 2004 in NKD umbenannt. Derzeit gibt es 270 Filialen mit etwa 965 MitarbeiterInnen. In Europa ist die Firma außerdem noch in Italien, Kroatien, der Schweiz und Slowenien vertreten.

Handbuch für freie JournalistInnen

Alle Infos zur Sozialversicherung und zur Steuererklärung



Medien- und Verlagshäuser wollen mit immer weniger fix angestellten MitarbeiterInnen auskommen. Hier vollzieht sich gerade ein fundamentaler Wandel: Langfristig werden weniger JournalistInnen die Vorteile eines festen Arbeitsvertrages und den sicheren Rahmen des Kollektivvertrages genießen, sondern immer mehr selbstständige „EinzelkämpferInnen“ als Ich-AGs das Risiko scheinbarer Unabhängigkeit auf sich nehmen.

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp und die Interessengemeinschaft work@flex bieten diesen freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen Unterstützung und Service bei ihrer Gratwanderung aus der Freiheit der

Selbstständigkeit, der Abhängigkeit von großen Medienhäusern und dem Konkurrenzdruck.

Das neue Handbuch für freie JournalistInnen informiert ganz konkret über verschiedene Dienstverhältnisse – echter und freier Dienstvertrag, neue Selbstständige – und Sozialversicherungsrecht wie SV-Beiträge, Krankengeld, Wochenlohn, Arbeitslosengeld, etc. Der zweite Teil der Broschüre gibt Auskunft über Steuerrecht bzw. die Einkommenssteuererklärung.

Die Broschüre zum Bestellen unter service@gpa-djp.at oder direkt zum Download auf www.gpa-djp.at/journalistengewerkschaft

Broschüre: Wege in den Journalismus

Wenn du als StudentIn der Medien- und Kommunikationswissenschaften bald in der Medien- oder Kommunikationsbranche arbeitest, hast du wahrscheinlich schon Erfahrungen gesammelt oder arbeitest so wie über 75 Prozent aller Studierenden neben dem Studium.

Aber steht dir bei deiner Tätigkeit eine „normale“ Anstellung zu? Wie schaut's mit Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung aus? Ist die Bezahlung von Praktika irgendwo geregelt? Bekommst du als VolontärIn Geld?



Auf diese und zahlreiche andere Fragen gibt die Broschüre eine Antwort. Als StudentInnengewerkschaft und als JournalistInnengewerkschaft steht dir die GPA-djp bei all diesen Problemen zur Seite. Ganz egal ob du Vollzeit arbeitest, ein Praktikum oder einen Nebenjob machst. Ob du geringfügig beschäftigt bist, auf Werkvertrag, als freie/r DienstnehmerIn arbeitest oder eine ganz normale Anstellung hast.

Die Broschüre gibt es zum Download auf www.gpa-djp.at. Dort findest du außerdem Infos zum Volontariatsstipendium der Gesellschaft für Publizistik und Medienforschung (GESPU).

Regionaljugendforum Tirol

Alle zwei Jahre veranstaltet die GPA-djp-Jugend Tirol ihr Regionaljugendforum: Dabei werden die politischen Positionen beschlossen und ein neues Jugendpräsidium gewählt. Die GPA-djp-Jugend Tirol lädt daher alle ein, am 17. September 2011 um 15.30 Uhr mit dabei zu sein und mitzudiskutieren! Das Forum findet im ÖGB-Haus (7. Stock, großer Saal, St. iroler Platz 14-16, 6020 Innsbruck) statt. Anschließend gemeinsames Essen im Volkshaus und danach Party!

Bei Fragen wende dich an die Regionaljugendsekretärin David Schumacher 050301 DW 28105 oder david.schumacher@gpa-djp.at

**Zukunftsrichtend -
Zukunft richten!**





V.l.n.r.: GF WBV-GPA Mag. Michael Gehbauer, BM Mag. Karl Schlögl, GF WBV-GPA Mag. Andrea Holzmann, KR Msgr. Dr. Anton Michael Guber

Foto: Rauchenberger / WBV-GPA

Übergabefeiern in Purkersdorf

Für die WBV-GPA gab es zuletzt in Purkersdorf einiges zu feiern. 39 Wohnungen und die Polizeiinspektion Purkersdorf wurden in der neu errichteten Wohnhausanlage Herrengasse 6 übergeben.

Von Michael Gehbauer

Die WBV-GPA war dem Bürgermeister der Stadtgemeinde Purkersdorf, dem früheren Innenminister Mag. Karl Schlögl, im Wort. Sie versprach den letzten bestehenden „Schandfleck im Ortsbild“ zu beseitigen. Nun erhebt sich in zentraler Lage in der Herrengasse 6 anstelle eines teilabgebrochenen und verfallenen Hauses ein sechsgeschoßiger architektonisch sehr anspruchsvoller Neubau.

Ein zeitgemäßes Ortsbild für Purkersdorf

Für Purkersdorfer Verhältnisse ein „Hochhaus“. Auch in Wien befindet sich an derselben Adresse das historische Hochhaus „Herrengasse 6“. Es wurde von den berühmten Architekten Theiss und Jaksch geplant. Dass einer der Architekten der Gruppe BEHF, die für die Planung des neuen Gebäudes in Purkersdorf verantwortlich waren, im Wiener

Hochhaus wohnt, ist nur ein kleines architektonisches Detail, das für die Form des Gebäudes aber sicher eine gewisse Rolle gespielt hat.

Dank des Bürgermeisters

Bei seiner Ansprache anlässlich der feierlichen Schlüsselübergabe bedankte sich Bürgermeister Schlögl auch bei allen, die an der Errichtung des Bauwerkes beteiligt waren. Er verwies auf die vielen Vor-

teile, die die Wienerwaldgemeinde ihren Bürgern bietet, und wünschte den künftigen neuen Bewohnerinnen und Bewohnern alles Gute.

Eine schwierige Bauaufgabe

Für die WBV-GPA war es eine große Herausforderung, dieses Bauvorhaben umzusetzen. So musste auf engstem Raum – nicht zur Freude der anrainenden Nachbarn – eine zweigeschoßige Tiefgarage, zum Teil sogar im Grundwasser, errichtet werden. Anrainerkonflikte gab es auch in der Rohbauphase, obwohl das Bauwerk im Rahmen des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes errichtet wurde. Während der Bauphase ging der Betreiber für das „Betreute Wohnen“ verloren, sodass noch einmal umgeplant werden musste.

Große Freude bei der Schlüsselübergabe

Trotz eines Wasserschadens kurz vor Übergabe konnten in der Zwischenzeit alle Wohnungen fertiggestellt werden. Bis auf eine Wohnung wurden alle Wohnungen fristgerecht vermietet.

So war die Freude all jener besonders groß, die die Wohnungsschlüssel aus den Händen der WBV-GPA-Geschäftsführerin Mag. Holzmann und vom Bürgermeister Schlögl in Empfang nehmen durften.

Den Purkersdorfer Gepflogenheiten entsprechend führte Dechant Pfarrer Monsignore Dr. Anton Michael Guber die Haussegnung durch.

Ein Haus mit vielen Funktionen

Neben den 39 Wohneinheiten und den 86 Tiefgaragenabstellplätzen beherbergt das neu errichtete Gebäude auch eine Bankfiliale, eine Arztordination, ein Vereinslokal für

den Verein Volkshaus und die neue Polizeiinspektion Purkersdorf.

Eine neue Polizeiinspektion für Purkersdorf



V.l.n.r.: GF WBV-GPA Mag. Gehbauer, BM Mag. Schlögl, Innenministerin Mag. Mikl-Leitner, Landesrat Pernkopf, Bezirkskommandant Donabaum und Inspektionskommandant Riegle

Für die WBV-GPA war es die erste Polizeiinspektion, die sie in einer ihrer Wohnhausanlagen errichten durfte. Sie wurde am 4. Juli 2011 von der Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner eröffnet. Sie verwies darauf, dass es erforderlich war, eine moderne Unterkunft zu schaffen, die den hohen Anforderungen an die Exekutive gerecht werde. So wie eine gute Ausbildung, sei auch eine ausreichende Infrastruktur eine unmittelbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Polizeiarbeit, betonte sie.

Mit dieser neuen Polizeiinspektion wurde jedoch nicht nur die Sicherheit für die Stadtgemeinde Purkersdorf verbessert, sondern auch das individuelle Sicherheitsgefühl aller BewohnerInnen.

Bankfiliale wird im August eröffnet

Derzeit wird noch am Innenausbau der Bankfiliale der Raiffeisenbank Wienerwald gearbeitet. Sie wird in wenigen Tagen feierlich eröffnet. Dann wird das neue multifunktionale Wohngebäude „Herrengasse 6“ in Purkersdorf zur Gänze in Betrieb genommen werden. ■

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte (sofort beziehbar):

- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6/3/13, 4 Zimmer, ca. 115 m²
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10-18/Burgogasse 12-16, 3- +4-Zimmerwohnung gen
- 8605 Kapfenberg, 1-Zimmerwohnung en ca. 33 m²
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10, 67 m², 3 Zimmer + Garten

Neubauprojekt:

- 1100 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, Wohnungsgrößen von 57 bis 150 m² (Übergabe 11/2011)

Geschäftslokale/Büro:

- 1100 Wien, Kundratstraße 6, Bürofläche 200 m² bis 460 m²
- 1220 Wien, Södennerstraße 60, Geschäft ca. 167 m²
- 8605 Kapfenberg, Wienerstraße 5 6-58, Geschäft ca. 130 m²

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung
 für Privatangestellte
 WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien,
 Werdertorgasse 9
 Tel.: (01) 533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
 E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at

Natur genießen

Der Sommer neigt sich dem Ende zu. Planen Sie Ihren Herbsturlaub in der farbenprächtigen Natur zu Vorteilspreisen für GPA-djp-Mitglieder.

☒ chesterF, Foblia.com

☒ Hotel Kürschner



Schlank-Schlemmer-Hotel Kürschner

Vitalurlaub für die ganze Familie, ob sportlich und aktiv oder relaxen in einem der kleinsten aber gemütlichsten Wellnesshotels Österreichs.

Spezialitäten aus der Vollwert- und Bio-Naturküche, das Schlemmermenü oder die Schlankmachermenüs lassen Abnehmen nie langweilig werden.

Für GPA-djp-Mitglieder:
– 20 % auf Nächtigung/en mit Verwöhn Pension

Schlank-Schlemmer-Hotel Kürschner
Schlanke Gasse 74
9640 Kötschach-Mauthen
Tel. 04715/ 259
info@hotel-kuerschner.at
www.hotel-kuerschner.at

☒ Feiken



Privatzimmer Feiken

Mit dem Drahtesel am Donauradweg Richtung Linz und Passau können Sie historische Attraktionen erleben.

Der Blick ins Donautal offenbart ein Paradies für Wanderfreunde, Wanderungen im Naturschutzgebiet, zu Burgen, Schlössern und Ruinen oder auch entlang des Donauhöhenrundwanderweges.

Fischer können in der Donau, in Fischgewässern, Seen und Teichen ihr Geschick beweisen.

Für GPA-djp-Mitglieder: 20 % Ermäßigung

Privatzimmer Feiken
Wesenufer 65, 4085 Wesenufer
feiken@resi.at
www.oberoesterreich.at/
feiken

☒ Südburgenland Tourismus



2 Tage E-Bike-Schweben im Südburgenland

In der Ruhe liegt die Kraft!
Angebot gültig bis 31.10.2011

- 2 Tage Miete eines Top-Class-Elektrofahrrades
- 1 Nächtigung inkl. Buffetfrühstück im 4****-Koasa Schloßl
- Weinverkostung im Vinum Ferreum
- 5,- €-Gutschein für Paradiesbetriebe der Region
- Packtasche, Akku-Ladegerät
- Mobilitätsgarantie
- Radwegkarte

Paketpreis p. P. im DZ € 99,-
Helm und Versicherung gratis

Buchungen unter dem
Kennwort: UHUDLER
Tel. 03352/ 34 58 00
office@foxtours.at
www.ebikesuedburgenland.at

Bad Waltersdorf



Falkensteiner Hotel & Spa Bad Waltersdorf****s

Hier genießen Sie Lifestyle pur und echtes Steiermark-Feeling für alle Sinne, der ideale Ort, um sich vor der Hektik des Alltags zurückzuziehen und seine Batterien neu aufzuladen.

- 3 Nächte inkl. HP statt € 336,- jetzt ab nur € 275,-
- Einmalige Nutzung der „4 Senses Lounge“ kostenlos
- 25 % Rabatt auf das Greenfee des 18-Loch-Golfplatzes
- Angebot gültig im Sep./Okt. '11

Falkensteiner Hotel & Spa Bad Waltersdorf ****s
8271 Bad Waltersdorf 351
Tel.: 03333/310 65
reservierung.bad-waltersdorf@falkensteiner.com
www.falkensteiner.com/badwaltersdorf

Schöcklnickl



Landgasthof Schöcklnickl

Oben ist der Himmel und unten ist St. Radegund, dazwischen liegt der Schöcklnickl, das Paradies zum Ausspannen.

- 3 Nächte inkl. Schöcklnickl-Vital Halbpension
 - Besuch des Arzberger Käsestollen mit Gratisverkostung
 - Besuch von Reiters Kräuterarten mit Kräuter-Lehrstunde
 - 25 % Rabatt für die Nutzung der Tennisanlage
 - 25 % Rabatt auf das Greenfee der Almenland- Golfanlage von Passeil
- statt € 255,- nur € 175,-

Landgasthof Schöcklnickl
Plenzengreith 16
8061 St. Radegund
Tel. 03132/24 73
landgasthof@schoecklnickl.at
www.schoecklnickl.at

Hindenburg



Hotel Hindenburg****

Die Seele baumeln lassen, neue Energien tanken.

Alle 70 Zimmer sind modern ausgestattet. Eine ausgezeichnete Küche und die Wellness-oase mit 2 Dachterrassen, Sauna, Dampfbad, Infrarot-Kabine, Fitnessbereich sowie Massagen beleben Körper, Geist und Seele.

Es erwarten Sie Wanderwege, Mountainbiketouren, Fischen, Klettern, Rafting.

Für GPA-djp-Mitglieder –15 % auf die Listenpreise

Hotel Hindenburg
Bahnhofstr. 6, 5760 Saalfelden
Tel.: 06582/793
hotel@hindenburg.at
www.hindenburg.at



Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card. Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at

Igor Chaikovskiy, Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 8. September 2011. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



☒ Mario Lang

5. bis 24. September 2011

MAGIC AFTERNOON – reloaded

3raum-anatomietheater,
1030 Wien

Die Jubiläumsaufführung zum 70sten Geburtstag Wolfgang Bauers mit Dolores Schmidinger und Hubsi Kramar.

Infos: www.3raum.or.at
Karten: Tel. 0650/323 33 77
Mit der CARD:
EUR 16,- statt 18,-



☒ Beitina Frenzel

14. Sept. bis 1. Okt. 2011

VILLA DOLOROSA: Drei missratene Geburtstage

KosmosTheater

„On the Highway to Mittelmaß – über die Probleme einer Generation, die nicht so recht weiß wohin. Rebekka Kricheldorf's Stück über drei missratene Geburtstage, frei nach Anton Tschechows „Drei Schwestern“.

Infos: www.kosmostheater.at



☒ Hofmobiliendepot

21. Sep. 2011 bis 22. Jän. 2012

Intime Zeugen

Hofmobiliendepot
Möbel Museum Wien

Die Ausstellung zeigt Hygienemöbel vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert und beschreibt den Wandel vom Waschtisch zum Badezimmer. Führungen, Kinderprogramm: www.hofmobiliendepot.at
Mit der CARD:
EUR 6,40 statt 7,90



☒ Kunsthaus Wien

Bis 6. November 2011

Hundertwasser – Die Kunst des grünen Weges

KUNSTHAUS WIEN

Die Ausstellung ist ein Weg in die Welt des Künstlers Friedensreich Hundertwasser. In 13 Stationen sucht sie ausgewählte Brennpunkte seiner künstlerischen Biografie auf.
Infos: www.kunsthauwien.com
Mit der CARD das Kombi-Ticket um EUR 7,- statt 10,-.



☒ DE-Event

20. November 2011

Der kleine Vampir – Das Musical

Museumsquartier Halle E

Dieses schaurig-schöne Musical für die ganze Familie mit dem liebenswerten Blutsauger nach den Büchern von Angela Sommer-Bodenburg ist nun endlich wieder auf der Bühne.

Karten: 01/743 52 50
EUR 5,- CARD-Ermäßigung



☒ Atlantis

3. bis 10. Dezember 2011

Stella Jones & the American Christmas Gospel

Votivkirche, Wien

Inspiriert von dem 10jährigen Jubiläum, präsentiert sich die Gospelgruppe in einem besonderen Glanz, mit einer neuen mitreißenden Show!
www.atlantis-event.com
Tel. 01/890 36 82 82
Für GPA-dj Mitglieder –10 % mit dem Code: GPA-XMA S-10





Soziale Arbeit ist mehr wert!

Eine Kampagne der GPA-djp und vida

Außer parlamentarische Enquete

19. September 2011
10.30 bis 16.00 Uhr

Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien
1040 Wien, Theresianumgasse 16-18

Zukunftsbranche Pflege und Betreuung:

- Finanzierung der Pflegekosten und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
- Das neue Finanzierungsmodell der GPA-djp und vida für die Pflege in Österreich
- Vorträge und Podiumsdiskussion
u. a. mit Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl; Prof. (FH) Dr. Tom Schmid
Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs
Dr. in Dorota Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp
Willibald Steinkellner, stv. Vorsitzender der Gewerkschaft vida
Alexandra Strickner, Vertreterin der Plattform »Wege aus der Krise«
Mag. a Manuel Vollmann, Geschäftsführerin abz austria



Anmeldung unter www.gpa-djp.at oder E-Mail : soziale.dienstleistungen@vida.at



VILA VITA Pannonia ****

für Urlaub mit viel Freiraum

80 km von Wien entfernt grenzt das Hotel und 200 ha Feriendorf VILA VITA Pannonia **** direkt an den Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel. Die Anlage ist ein besonderes Hideaway der Ruhe und Erholung. Anspruchsvolle Hotellerie im Einklang mit der Natur wird hier sehr intensiv gelebt. Das VILA VITA Pannonia ist kaum an Möglichkeiten für eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung zu übertreffen.

GEWINNSPIEL

Spielen Sie mit - es erwartet Sie ein toller Aufenthalt für 2 Personen im Wert von € 440,-!

HERBSTGENUSS

Buchbar von 12.09. bis 27.11.2011

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer oder komfortablen Bungalow inkl. reichhaltigem Frühstück
- 1 x Surprise-Menü im Gourmet-Restaurant VITATELLA (der Küchenchef verwöhnt Sie mit Köstlichkeiten von Gans und Ente, saisonalen Desserts- dazu kredenzen wir Ihnen edle Weine aus der Region und Mineralwasser)
- 1 x HP in unserem Buffet-Restaurant VITAVESTA

Senden Sie eine Postkarte an:
Redaktion KOMPETENZ, Alfred-Dallinger-Platz 1 in 1034 Wien oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiele
Einsendeschluss ist der 8. September 2011.
Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

IHR EXKLUSIVER VORTEIL ALS GPA-DJP MITGLIED:

Buchen Sie individuell und erhalten Sie **15% Rabatt** auf den regulären Listenpreis für Übernachtung inklusive Frühstücksbuffet und Halbpension.



Wir sind ausgezeichnet

Storchengasse 1 • A - 7152 Pamhagen • T: +43(0)2175/2180 0
F: +43(0)2175/2180 444 • info@vilavitapannonia.at • www.vilavitapannonia.at